



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ausfälle und Störungen bei den IT-Systemen der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration über aktuelle Störungen und Ausfälle der IT-Systeme der Justiz zu berichten.

Begründung:

Bei der bayerischen Justiz treten seit Anfang des Jahres erhebliche Probleme im Bereich der IT-Systeme auf.

In einem Schreiben vom 17.03.2025 berichtete der Bayerische Richterverein dem Staatsministerium der Justiz von einer „bislang nicht bekannten Häufung und Intensität an Störungen und Ausfällen der justiziellen IT-Systeme, insbesondere von eIP und forumSTAR auf.“ Diese Störungen und Ausfälle hatten den gesamten Dienstbetrieb ganz erheblich gestört und in Teilbereichen zeitweise zum Stillstand gebracht. An einem Gerichtsstandort kam es zu zwölf Komplettausfällen von eIP mit unterschiedlicher Dauer. Zudem unterrichtete der Bayerische Richterverein das Staatsministerium von „fortwährend zunehmenden Performance-Problemen“ bei den Staatsanwaltschaften, „die eine geordnete Eintragung und Bearbeitung der Verfahren unmöglich machen.“ Weiterhin berichtete der Richterverein in seinem Schreiben vom 17.03.2025 von massiven Störungen am 24. bis 27.02.2025 sowie von einem bayernweiten Komplettausfall von eIP und forumSTAR am 10.03.2025, wobei auch der Offline-Modus nicht zur Verfügung stand. Ab den frühen Nachmittagsstunden des 10.03.2025 war zudem weder die Nutzung von Outlook, forumSTAR standalone noch des Internetbrowsers möglich. Erst am Tag darauf, den 11.03.2025, konnte der Komplettausfall am späten Vormittag behoben werden. Zu den Forderungen des Richtervereins an das Staatsministerium zählte auch, dass die bislang unzureichende Krisenkommunikation verbessert werden müsse. Denn die Anwenderinnen und Anwender in der Justiz würden sich ignoriert und im Stich gelassen fühlen. In seinem Schreiben vom 09.03.2025 nahm der Staatsminister der Justiz gegenüber dem Bayerischen Richterverein Stellung zu den aktuellen Störungen. Dabei erklärte er, dass die Ursachen für die Störungen gründlich aufgeklärt wurden und alle notwendigen Maßnahmen für die Restabilisierung des Betriebes getroffen worden seien. Zudem sicherte das Staatsministerium künftig eine bessere Krisenkommunikation vor als zu Beginn des Jahres, als es an ausreichenden Informationen für die Beschäftigten der Justiz fehlte, wie der Staatsminister einräumte.

Am Mittwoch, 02.07.2025, kam es erneut zu einer massiven IT-Störung, von der alle Anwenderinnen und Anwender in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit einschließlich der Staatsanwaltschaften betroffen waren. In der gesamten Justiz war für mehrere Stunden

eine Anmeldung an den Endgeräten beim Betriebssystem Windows nicht möglich und zwar sowohl per VPN im Homeoffice als auch an den Standorten. Nicht möglich war ebenso wenig die Nutzung sämtlicher Programme, Fachverfahren und Services, die eine Authentifizierung über ActiveDirectory verwenden. Von diesem Ausfall der IT-Ressourcen waren am 02.07.2025 auch laufende Gerichtsverhandlungen beeinträchtigt.

Hinsichtlich der Nutzung der elektronischen Akte, deren flächendeckende Einführung mittlerweile weitgehend abgeschlossen ist, wird aus der Justiz über zum Teil sehr lange Ladezeiten berichtet, die ein effektives Arbeiten verhindern.